S 17 Ar 258/97

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 20
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Ziel und Abschluß einer PRR

Übergangsgeld

Arbeitslosenmeldung

Arbeitsverhältnis im Aschluß an eine PRR

Berufsförderungsmaßnahme

Leitsätze Zum Begriff einer praxisorientierten

Reintegrationsmaßnahme (PRR) im Sinne des § 25 Abs. 3 Nr. 3 SGB VI.

Normenkette SGB VI § 16 Abs 1 Nr 2

SGB VI § 16 Abs 1 Nr 3 SGB VI § 16 Abs 1 Nr 4 SGB VI § 20 Abs 1 Nr 1 SGB VI § 25 Abs 3 Nr 3 SGB VI § 25 Abs 3 Nr 4

1. Instanz

Aktenzeichen S 17 Ar 258/97 Datum 22.07.1997

2. Instanz

Aktenzeichen L 20 RJ 481/97 Datum 08.07.1998

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts $N\tilde{A}^{1/4}$ rnberg vom 22.07.1997 wird zur $\tilde{A}^{1/4}$ ckgewiesen.
- II. Die Beklagte hat dem Kläger auch die Kosten des Berufungsverfahrens zu erstatten.
- III. Die Revision wird zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist streitig, ob dem Kläger nach Beendigung einer praxisorientierten ReintegrationsmaÃ□nahme (PRR) Ã□bergangsgeld (Ã□g) zusteht.

Der am \hat{a}_{1}^{1949} geborene Kl \tilde{A} x ger nahm vom 13.11.1995 bis 09.08.1996 an einer PRR im Beruflichen Fortbildungszentrum Wei \tilde{A}_{1}^{1} enburg teil und erhielt f \tilde{A}_{1}^{1} 4r diese Zeit ein t \tilde{A} x gliches \tilde{A}_{1}^{1} bergangsgeld von 69,52 DM. Den am 06.09.1996 gestellten Antrag, ihm auch f \tilde{A}_{1}^{1} 4r die Dauer von sechs Wochen nach Abschlu \tilde{A}_{1}^{1} dieser Ma \tilde{A}_{1}^{1} nahme \tilde{A}_{1}^{1} 9 zu gew \tilde{A} x hren, lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 07.10.1996 und Widerspruchsbescheid vom 03.03.1997 ab, da der Kl \tilde{A} x ger nach Ma \tilde{A}_{1}^{1} nahmeende nicht in ein festes Arbeitsverh \tilde{A} x ltnis \tilde{A} 1 4bernommen worden sei und sich am 10.08.1996 wieder arbeitslos gemeldet habe.

Dagegen erhob der KlĤger am 03.04.1997 Klage beim Sozialgericht (SG) Nürnberg. Das SG lieÃ∏ sich Unterlagen über die PRR des Klägers vorlegen und verpflichtete die Beklagte mit Urteil vom 22.07.1997, dem KlĤger ab 10.08.1996 für die Dauer von sechs Wochen Ã∏g in gesetzlicher Höhe gemäÃ∏ § 25 Abs. 3 Nr. 3 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) zu gewĤhren: Nach der Systematik des Gesetzes sei diese Vorschrift auf alle berufsfä¶rdernden Leistungen zur Rehabilitation gemäÃ∏ § 16 Abs. 1 Nr. 2 â∏∏ 4 SGB VI anwendbar, also auf alle Maà nahmen zur Berufsvorbereitung, beruflichen Anpassung, Fortbildung, Ausbildung und Umschulung sowie Ma̸nahmen der Arbeits- und BerufsfA¶rderung im Eingangsverfahren und im Arbeitstrainingsbereich einer anerkannten Werkstatt (<u>§ 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI</u>). Die vom Kläger durchlaufene MaÃ⊓nahme erfülle diese Anforderungen, was im übrigen zwischen den Beteiligten unstreitig sei. Der Kläger habe sich im AnschluÃ∏ an diese erfolgreich abgeschlossene MaÄ nahme auch arbeitslos gemeldet und damit alle Voraussetzungen für die Weitergewährung des Ã∏g nach <u>§ 25 Abs. 3 Nr. 3</u> SGB VI fýr die Dauer von sechs Wochen erfýIIt. Der Gesetzgeber habe hier insbesondere die FÄxlle erfassen wollen, in denen der Betreute nicht sofort vermittelt werden könne. Da das Ziel der berufsfördernden MaÃ∏nahme erst mit der Aufnahme einer TÄxtigkeit erreicht sei, solle der VersicherungstrÄxger noch bis zur erfolgreichen Vermittlung für eine Ã∏bergangszeit den Lebensunterhalt des Betreuten sichern (vgl. Eicher/Haase/Rauschenbach, Kommentar zum SGB VI, § 25 Nr. 4 c; Urteil des Bundessozialgerichts â∏ BSG â∏ vom 12.09.1978 â∏ 5 RI 8/78 â∏∏ in SozR 2200 § 1241 e Nr. 5). Ziel der PRR sei die berufliche Wiedereingliederung in ein festes ArbeitsverhĤltnis. Dabei werde das zentrale Ma̸nahmeziel, also ein neuer Arbeitsplatz, auch dann erreicht, wenn der Teilnehmer in einem anderen Betrieb als dem Praktikumsbetrieb einen neuen Arbeitsplatz finde; denn in diesem Falle könne die MaÃ⊓nahme vom Versicherten sofort abgebrochen werden. Entgegen der Auffassung der Beklagten sei die berufliche FortbildungsmaÄnahme nicht schon dann erfolglos beendet, wenn im Praktikumsbetrieb kein Arbeitsplatz gefunden werden kA¶nne. Die PRR-Ma̸nahme, an der der Kläger teilgenommen habe, sei deshalb nicht ohne Erfolg beendet worden.

Gegen das der Beklagten am 06.08.1997 zugestellte Urteil richtet sich ihre am 03.09.1997 beim Bayer. Landessozialgericht eingelegte Berufung: Zentrales Ma̸nahmeziel einer PRR-MaÃ∏nahme sei einzig die Erlangung eines neuen

Arbeitsplatzes, entweder im Praktikumsbetrieb oder in einem durch die MaÃ□nahme vermittelten anderen Betrieb. Die berufsfördernde MaÃ□nahme sei somit nur dann als erfolgreich abgeschlossen anzusehen, wenn dieses Ausbildungsziel unmittelbar erreicht sei, d.h. wenn am Ende der MaÃ□nahme ein zustandsangemessener Arbeitsplatz vermittelt werden konnte. Dies sei beim Kläger nicht der Fall gewesen, da er bei Beendigung der BerufsförderungsmaÃ□nahme am 09.08.1996 weder einen Arbeitsplatz inne noch in Aussicht gehabt habe. Er habe sich vielmehr am 10.08.1996 arbeitslos gemeldet, so daÃ□ keine abgeschlossene PRR-MaÃ□nahme vorliege und damit auch nicht die Voraussetzungen fÃ⅓r den Bezug von nachgehendem Ã□g nach § 25 Abs. 3 Nr. 3 SGB VI.

Die Beklagte beantragt,

das Urteil des SG Nürnberg vom 22.07.1997 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Der KlĤger beantragt,

die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des SG Nürnberg vom 22.07.1997 zurückzuweisen.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakten beider Rechtszýge und der Beklagtenakte Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulĤssig, da der Wert des Beschwerdegegenstandes 1.000,00 DM ýbersteigt (§Â§ 143, 144 Abs. 1 Nr. 1, 151 Sozialgerichtsgesetz â \square SGG -), in der Sache jedoch unbegrþndet, weil der Kläger ab 10.08.1996 Anspruch auf Ã \square g fþr die Dauer von sechs Wochen gegen die Beklagte hat.

Im Ergebnis zutreffend hat das Erstgericht in der eingehenden und ausfýhrlichen Begrþndung seiner Entscheidung dargelegt, warum dem Kläger dieser Anspruch zusteht. Im Hinblick darauf hat der Senat gemäÃ∏ <u>§ 153 Abs. 2 SGG</u> von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgrþnde abgesehen, zumal im Berufungsverfahren keine Tatsachen vorgetragen und keine rechtlichen Gesichtspunkte aufgezeigt wurden, die eine andere Entscheidung rechtfertigen könnten. Ergänzend zu den Ausführungen des SG wird auf folgendes hingewiesen:

1. Die Argumentation der Beklagten, daà die berufsfördernde Maà nahme im Sinne des <u>§ 25 Abs. 3 Nr. 3 SGB VI</u> nur dann als erfolgreich abgeschlossen anzusehen ist, wenn das Ausbildungsziel (Vermittlung in einen zustandsangemessenen Arbeitsplatz am Ende der Maà nahme) erreicht ist, vermag nicht zu ü berzeugen; denn dies ist letztlich das Ziel jeder Reha-Maà nahme. Dieser Grundsatz wurde vom BSG bereits im Urteil vom 19.03.1980 â de Reha-Maà abgragen. SozR 2200 § 1237 a Nr. 12 aufgestellt. In dieser Entscheidung hat das BSG darauf

hingewiesen, da̸ von den berufsfördernden Leistungen zur Rehabilitation, die der RentenversicherungstrĤger erbringt, jedenfalls die Umschulung i.d.R. erst dann beendet ist, wenn der Versicherte "in Arbeit" eingegliedert ist, also eine Erwerbstätigkeit aufgenommen hat. DaÃ∏ "AbschluÃ∏" im Sinne des § 25 Abs. 3 Nr. 3 SGB VI nicht mit der Vermittlung in einen zustandsangemessenen Arbeitsplatz gleichzusetzen ist, ergibt sich auch im Kontext mit der nachfolgenden Nr. 4. Diese Bestimmung findet Anwendung, wenn "nach Abschlu̸" einer medizinischen oder berufsfå¶rdernden Reha-Leistung weitere berufsfå¶rdernde Leistungen notwendig sind. Der Gesetzgeber hat damit klargestellt, da̸ die frühere Rechtsprechung des BSG nicht übernommen werde, wonach die Notwendigkeit der anschlie̸enden Leistung nur bei AbschluÃ∏ der (medizinischen) Leistung festgestellt werden konnte (vgl. Eicher/Haase/Rauschenbach, Stand 01.01.1998, RdNr. 4 d/dd â∏∏ S. 6 â∏∏ unter Hinweis auf SozR 2200 § 1241 e Nr. 11 und BSGE 47, 176). Es reicht daher aus, wenn die Feststellung der Notwendigkeit einer (weiteren) berufsfördernden MaÃ∏nahme im zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit der Reha-Leistung getroffen wird und der Versicherte der berufsfå¶rdernden Leistung zustimmt (vgl. SozR 2200 å§ 1241 e Nr. 9). Dabei ist es für die Weiterzahlung des Ã∏g gleichgültig, welcher Solzialleistungsträger für die anschlieA⊓ende berufsfA¶rdernde Leistung zustA¤ndig ist. DaA⊓ die berufliche Reha-MaÃ⊓nahme mit dem Ende der PRR noch nicht abgeschlossen war bzw. daÃ⊓ ihr "Abschlu̸" gemäÃ∏ <u>§ 25 Abs. 3 Nr. 4 SGB VI</u> nicht im Sinne der endgültigen Wiedereingliederung in das Arbeitsleben verstanden werden kann, entspricht offenbar auch der (zumindest zeitweise) von der Beklagten vertretenen Auffassung. Ansonsten hÃxtte sie dem KlÃxger nicht, wie im Schreiben vom 06.11.1996 geschehen, weitere Reha-Leistungen in Aussicht gestellt.

Der Begriff "abgeschlossene berufsfå¶rdernde Leistung" im Sinne von <u>ŧ 25 Abs. 3</u> Nr. 3 SGB VI kann daher in der Gesamtschau nur so verstanden werden, daÄ bei Erforderlichkeit einer Abschluä prä¼fung fã¼r eine Berufsausbildung oder einen Ausbildungsabschnitt, nur deren Bestehen den Abschluä darstellt; ist jedoch keine Abschluä prã¼fung vorgesehen, wird der Nachweis dadurch erbracht, daÄ der Versicherte im Rahmen der beruflichen Reha-Maä nahme den vorgesehenen Ausbildungsplan erfolgreich durchlaufen hat. Dies ist beim Klä¤ger der Fall, da er an allen im Rahmen der PRR-Maä nahme vorgesehenen theoretischen und praktischen Ausbildungsabschnitten erfolgreich teilgenommen hat.

2. Die Beklagte geht zwar zutreffend davon aus, daà Ziel der PRR-Maà nahme die berufliche Wiedereingliederung in ein festes Arbeitsverhältnis ist. Indem sie allein auf die Erlangung eines Arbeitsplatzes abstellt, bleibt jedoch unberücksichtigt, daà zunächst durch vorgeschaltete Qualifizierungsmaà nahmen die Vermittlungsfähigkeit verbessert werden soll. Dies kommt unzweideutig im Merkblatt þber die PRR zum Ausdruck, der wie folgt lautet: "Sie erhalten die Möglichkeit, eine neue berufliche Tätigkeit zu erlernen, die Ihren Leistungseinschränkungen Rechnung trägt." Damit wird klargestellt, daà es sich bei der PRR um eine "vollwertige" berufliche Reha-Maà nahme handelt, für die auch bezüglich des à de gleichen Bestimmungen gelten (§Â§ 20, 22 ff SGB VI) wie für jede andere Maà nahme zur beruflichen Rehabilitation. Dies folgt aus der Bestimmung des § 16 Abs. 1 Nr. 3 SGB VI, in der mehrere dem Auswahlermessen

des Reha-Trägers überlassene MaÃ \square nahmemöglichkeiten gleichberechtigt nebeneinanderstehen, und auf welche die Beklagte ihren Bewilligungsbescheid vom 27.10.1995 stützt. Bestätigt wird diese Auffassung durch den tatsächlichen Ablauf; denn im Aktenvermerk vom 14.03.1996 ist festgehalten: "Aufgrund gröÃ \square erer Ã \square bernahmechancen erfolgt Stellenwechsel zum â \square {-Baumarkt ab 18.03.1996 â \square {", wo der KlÃ $mathbb{m}$ ger (der beruflich als Schreiner und Kraftfahrer tÃmtig war), als Fachberater eingesetzt wurde, nachdem er zuvor vom 15.01. bis 08.03.1996 Praktikant bei der âm{} AG in Ansbach war.

3. Mit Wirkung ab 01.01.1998 wurde § 25 Abs. 1 Nr. 3 SGB VI geändert. Voraussetzung für die Weiterzahlung des Ã∏g nach dieser Bestimmung ist neben Arbeitslosigkeit, daÃ∏ sich der Versicherte beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld (Alg) von mindestens drei Monaten Dauer hat. Alg geht dem Anspruch auf Ã∏g vor. Besteht noch ein Anspruch auf Alg von weniger als drei Monaten, ist dieses zunächst nach AbschluÃ∏ der berufsfördernden MaÃ∏nahme zu erbringen; die Dauer des Anspruchs auf Ã∏g verkürzt sich entsprechend. Daraus läÃ∏t sich der UmkehrschluÃ∏ ziehen, daÃ∏ vor dem 01.01.1998 unabhängig von einem evtl. Anspruch auf Alg vorrangig Ã∏g zu zahlen war.

Da die Höhe des Ã \bigcirc g nicht streitig ist, hat das Erstgericht gemÃ \times A \bigcirc $^{\hat{A}\S}$ 130 SGG zulÃ \times ssigerweise ein Grundurteil erlassen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

Die Revision war gemĤÃ□ <u>§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG</u> wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache (Auslegung des Begriffs "AbschluÃ□ einer PRR-MaÃ□nahme im Sinne des <u>§ 25 Abs. 3 Nr. 3 SGB VI</u>) zuzulassen.

Erstellt am: 15.03.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024